



# CDU

**Arnulf von Eyb MdL**

## Sehr geehrte Damen und Herren,

in diesem Newsletter möchte ich Ihnen über die Aktuelle Debatte der vergangenen Plenarsitzung zum Thema „Flüchtlinge in Deutschland und in Baden-Württemberg“ berichten, die für viel Aufruhr in der Presse gesorgt hat. Beantragt wurde sie gemeinsam von CDU und SPD, was von deren grünen Koalitionspartner mit viel Unmut und Verärgerung kommentiert wurde. Die nicht abreißenden Flüchtlingsströme sind sicherlich die größte gesamtgesellschaftliche Herausforderung Deutschlands und Europas seit Jahrzehnten. Sie erfordert deshalb auch außergewöhnliche Antworten durch die Setzung überparteilicher Signale.

Die Stimmung in der Bevölkerung ist derzeit noch überwiegend positiv und wir haben in den vergangenen Wochen eine große Welle der Hilfsbereitschaft erlebt. Den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern gebührt unser ausdrücklicher Dank. Denn nur mit ihrer Hilfe gelingt es uns, den Flüchtlingsströmen Herr zu

werden und den Menschen einen warmen Empfang in unserem Land zu geben.

Dennoch muss sich die Bevölkerung auch mit ihren Fragen und Sorgen in unserer Politik wiederfinden. Dem trägt die derzeitige Landesregierung nicht genügend Rechnung. Die Kommunikation zwischen Grün-Rot und den Kommunen ist in Flüchtlingsfragen mehr als dürftig. Oft erfahren diese aus der Tagespresse, wo neue Aufnahmestellen entstehen sollen oder wie viele Flüchtlinge zugewiesen werden. Das darf nicht sein. Schon gar nicht, bei diesem sehr sensiblen Thema, welches unsere ganze Kraft und Anstrengung fordert. Hier würde ich mir direkte Wege der Kommunikation wünschen. So dürfen wir mit unseren Kommunen nicht umgehen.

Eine der großen Herausforderungen bei der Flüchtlingsfrage ist sicherlich, diese auf eine differenzierte Weise zu trennen. Niemand bestreitet, dass politisch Verfolgte, die um Leib und Leben fürchten müssen, in unserem Land Schutz suchen und ein Anrecht auf Asyl haben. Gleichzeitig gibt es jedoch

auch eine große Anzahl von Personen, die menschlich betrachtet sicherlich Gründe haben, ihre Heimat zu verlassen, aber keinen Anspruch auf ein Asyl in Deutschland haben. Hier müssen wir klar deutlich machen, dass wir nicht jeden aufnehmen können, der bei uns ein besseres Leben sucht. Das überfordert nicht nur unsere Kapazitäten, sondern auch die Akzeptanz in der Bevölkerung.

Für Wirtschaftsflüchtlinge brauchen wir ein Zuwanderungsgesetz, was Einigen ermöglicht, auf legalem Weg nach Deutschland einzureisen und hier einer Arbeit nachzugehen.

Unser Asylrecht ist ein Grundrecht, welches keine Obergrenze haben darf. Es darf deshalb aber auch nicht zum Instrument derjenigen werden, die hier eine bessere wirtschaftliche oder berufliche Perspektive suchen. Humanismus bedeutet Aufnahme für die wirklich Verfolgten. Diesen Personen müssen wir auch in Zukunft ausreichend Platz bieten können. Das geht nur, wenn wir bei Wirtschaftsflüchtlingsen eine schnellere Rückführung als bisher durchsetzen. Deshalb

## So können Sie mich erreichen:

**Wahlkreis:**  
Arnulf Freiherr von Eyb, MdL  
Schloß 2  
74677 Dörzbach  
Tel.: 07937-8033118  
Email: [info@arnulf-von-eyb.de](mailto:info@arnulf-von-eyb.de)  
[www.arnulf-von-eyb.de](http://www.arnulf-von-eyb.de)





# CDU

Arnulf von Eyb MdL

plädiert die CDU-Landtagsfraktion auch dafür, Asylverfahren abzuschließen, solange sich der Asylbewerber noch in einer der Erstaufnahmestellen des Landes befindet und erst im Anschluss eine Verteilung auf die Kommunen vorzunehmen. Sollte der Antrag abgelehnt werden, muss bereits von der Aufnahmestelle die direkte Rückführung erfolgen.

Auf den großen Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen müssen wir Antworten finden. Die Rückkehr zum Sachleistungsprinzip anstelle von Geldzuwendungen ist sicherlich ein ganz wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Denn hier wurden in der Vergangenheit zu viele Fehlanreize gesetzt. Zudem müssen wir weitere Staaten als sichere Herkunftsländer ausweisen. Dazu zählen vor allem Albanien, Montenegro und der Kosovo. Bereits im vergangenen Jahr konnte nach zähen Verhandlungen in Bundesrat und Bundestag die Liste sicherer Herkunftsländer um Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina erweitert werden.

Dass dieses Vorgehen richtig war, belegen jüngst die Zahlen vom Institut für Wirtschaftsforschung. Bei den als nicht sicher eingestuften Ländern ist die Zahl der Asylbewerber im Jahr 2015 im Vergleich zu 2014 um 724% gestiegen. Dies ist eine Versiebenfachung! Bei den im vergangenen Jahr als sicher eingestuften Herkunftsländern hingegen, ist die Zahl nur um 32% gestiegen.

Der eingeschlagene Weg ist richtig und muss konsequenter verfolgt werden. Auch von Grün-Rot. Bei den Verhandlungen hierzu darf es auch keinen Tauschhandel geben, wie von Ministerpräsident Kretschmann zum Teil angedeutet. Grün-Rot muss sich hier klar positionieren und darf sich nicht von den Ideologen ihrer Parteien führen lassen. Das sind sie nicht nur unserem Bundesland, sondern auch den vielen Flüchtlingen, die tatsächlich für Krieg fliehen schuldig.

**So können Sie mich erreichen:**

**Wahlkreis:**  
Arnulf Freiherr von Eyb, MdL  
Schloß 2  
74677 Dörzbach  
Tel.: 07937-8033118  
Email: [info@arnulf-von-eyb.de](mailto:info@arnulf-von-eyb.de)  
[www.arnulf-von-eyb.de](http://www.arnulf-von-eyb.de)

